

# NIEDERSCHRIFT

über die

Sitzung des Verbandsgemeinderates am

**Mittwoch, den 14. April 2010**

im Sitzungssaal des Rathauses der Verbandsgemeinde Lingenfeld.

## **Anwesend stimmberechtigt:**

Bürgermeister Thomas  
als Vorsitzender

(1)

## **Anwesend nicht stimmberechtigt:**

Erster Beigeordneter Peter Beyer  
Zweiter Beigeordneter Christian Cherie  
Dritter Beigeordneter Volker Hardardt

## **Ratsmitglieder:**

Allmann Arno  
Arnold Josef  
Becker Stefan  
Beisel Fritz  
Bentz Katja  
Bognar Julia  
Dr. Felleisen Michael ab TOP ÖT/6  
Freye Gustav  
Gamber Hubert  
Goldschmidt Peter  
Graf Reinhard  
Gutting Alban  
Hellmann Elke  
Hellmann Heinz  
Krämer Wolfgang  
Krauß Thomas  
Krebs Lore  
Lehr Gerhard  
Leibeck Frank  
Odenwald Bernhard  
Pramschiefer Dirk  
Rumetsch Roland  
Dr. Seibert Kurt  
Seither Helmut  
Settelmeyer Peter  
Sinn Rudolf  
Steinmetz Joachim  
Urschel Gabriele  
Volz Ingeborg

Oberamtsrat Jens Hinderberger

Oberamtsrat Rolf Bähr

Werkleiter Willi Ackermann im ÖT

Amtsrat Klaus Krebs als Schriftführer

Presse war anwesend

Zuhörer waren anwesend

(29)

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

## **Entschuldigt fehlen:**

Hirl Joachim  
Leuthner Erwin  
Lothringen Ulrich

(3)

Der Verbandsgemeinderat besteht gem. § 29 Abs. 1 GemO aus 33 Mitgliedern.

Die Zahl der gewählten Ratsmitglieder gem. § 29 Abs. 2 GemO beträgt 32.

Alle Ratsmitglieder sind mit Einladung vom 29.03.2010 form- und fristgerecht geladen worden.

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 24.02.2010 werden nicht erhoben.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Hinweis auf Beachtung des § 22 GemO ist zu Beginn der Sitzung erfolgt.

Der Verbandsgemeinderat war während der Sitzung stets beschlussfähig.

**Öffentlicher Teil:**

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
3. Bestellung eines Gewässerschutzbeauftragten gem. § 21 a des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG)
4. Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Lustadt
5. Resolution des Verbandsgemeinderates Lingenfeld zur kommunalen Finanzsituation („Rettungsschirm für die Kommunen“)
6. Zuführungen zum Kommunalen Versorgungsrücklagefonds (KVR-Fonds);  
hier: Freiwillige Zuführungen aufgrund der Einführung eines neuen Finanzierungssystems
7. Ergänzungswahl zum Bau und Umweltausschuss
8. Sanierung des „Wasserfalls“ im Rahmen der Gewässerunterhaltung im Gemarkungsbereich der Ortsgemeinde Lingenfeld;  
hier: Auftragsvergabe Wasserbauarbeiten
9. Kanalerneuerung in der Gartenstraße in der Ortsgemeinde Schwegenheim  
hier:; Auftragsvergabe
10. Informationen und Anfragen

**Beratungsgegenstände:****Öffentlicher Teil:****Nr. 1: Einwohnerfragestunde**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**Nr. 2: Verpflichtung eines Ratsmitgliedes**

Herr Bernd Knaack (SPD-Fraktion) hat sein Mandat als Ratsmitglied des Verbandsgemeinderates niedergelegt.

Aus den Reihen des Wahlvorschlages der SPD rückt Frau Julia Bognar als Ratsmitglied nach.

Bürgermeister Thomas verpflichtet Frau Bognar per Handschlag.

Über die Verpflichtung wurde die beiliegende Niederschrift gefertigt.

**Nr. 3: Bestellung eines Gewässerschutzbeauftragten gem. § 21 a des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG)**

Herr Rolf Feßenmayr hat zum 31.12.2009 sein Amt als Gewässerschutzbeauftragter niedergelegt. Die Fa. Eurofins, Neustadt, hat Interesse an den Aufgaben eines Gewässerschutzbeauftragten gezeigt.

Nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) darf nur eine natürliche Person dieses Amt ausüben. Herr Andreas Huber ist seit Jahren bei der Fa. Eurofins, ehemals Laborgesellschaft für Umweltschutz, beschäftigt. Er ist Diplomingenieur für Biotechnologie (FH) und betreut im Auftrag der Firma Eurofins schon lange unsere Abwasseranlagen, soweit es um Abwasseruntersuchungen geht. Auch hat er den Bau der Kläranlage Schwegenheim konstruktiv begleitet.

Von Seiten der SGD Süd, Regionalstelle WAB, Neustadt, bestehen gegen Herrn Huber keine Bedenken.

Der Werksausschuss hat sich in seiner Sitzung am 10.03.2010 mit der Angelegenheit befasst und empfiehlt einstimmig dem Verbandsgemeinderat, Herrn Andreas Huber als Gewässerschutzbeauftragten im Bereich der Verbandsgemeinde Lingenfeld ab 15.04.2010 zu bestellen.

Die Aufgaben eines Gewässerschutzbeauftragten sind in § 21 b WHG festgeschrieben.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Seither (SPD-Fraktion) erläutert Bürgermeister Thomas die Bewerberauswahl und dass für den Gewässerschutzbeauftragten jährlich Personalkosten in Höhe von 1.800,00 Euro entstehen.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen folgenden

**VGR-Nr. 380****Beschluss:**

“Der Verbandsgemeinderat bestellt Herrn Andreas Huber, Zeiskam, ab 15.04.2010 zum Gewässerschutzbeauftragten.”

Bürgermeister Thomas händigt Herrn Huber die Bestellsurkunde aus und wünscht ihm für seine Arbeit alles Gute.

**Nr. 4: Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Lustadt**

Bürgermeister Thomas erläutert den Sachverhalt und verweist auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Aufgrund eines Beschlusses des Verbandsgemeinderats vom 16.07.2003 wurde ab dem Schuljahr 2004/2005 für die Grundschulen in Lingenfeld und Lustadt ein Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule eingereicht. Die Grundschule Lingenfeld wurde zum 01.09.2004 Ganztagschule, der Antrag der Grundschule Lustadt abgelehnt.

Zwischenzeitlich wurden zum 01.08.2006 sowie zum 01.08.2008 erneut entsprechende Anträge auf Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Lustadt gestellt. Auch diesen Anträgen wurde nicht entsprochen.

Die Schulleitung der Grundschule Lustadt sieht die Notwendigkeit erneut, jetzt für das Schuljahr 2011/12, einen Antrag einzureichen. Die Ganztagschule in Angebotsform umfasst die Betreuung der Schulkinder von montags bis einschließlich donnerstags. Es wird beabsichtigt ein ergänzendes Ganztagschulangebot anzubieten, wie dies bereits jetzt sehr erfolgreich an der Ganztagschule Lingenfeld praktiziert wird.

.Die Kosten für das in der Ganztagschule eingesetzte Personal werden vom Land getragen. Außer dem Einsatz von Fachpersonal können u. a. auch ehrenamtlich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im pädagogischen Bereich der Ganztagschule eingesetzt werden.

Für die Bereitstellung des Mittagessens ist der Schulträger zuständig, wobei eine Kostenbeteiligung der Eltern möglich ist. Im Rahmen eines Sozialfonds beteiligt sich das Land entsprechend. Dadurch wird es sozialbedürftigen Kindern möglich, am Mittagessen zum Preis von 1,00 Euro teilzunehmen.

Der Schulträger ist auch bei der Ganztagschule für die Sicherstellung einer ausreichenden Raumversorgung, die Gebäudeunterhaltung, die Ausstattung mit Sachinvestitionen usw. zuständig. Der Träger einer Ganztagschule erhält allerdings eine pauschale Landesförderung. Diese Pauschalförderung wird auf Antrag allen Schulen gewährt, die eine Errichtungsoption für ein Ganztagschulangebot erhalten haben und das Erreichen oder Überschreiten der Mindestteilnehmerzahl im verbindlichen Anmeldeverfahren nachweisen. Der Pauschalbetrag beträgt für Grundschulen 50.000,00 Euro.

Nach Rücksprache mit der Schulleitung der Grundschule Lustadt wird noch eine Elternbefragung durchgeführt. Das Interesse der Elternschaft an der Errichtung einer Ganztagschule ist ein wesentlicher Bestandteil des Antragsverfahrens. Die Schulleitung ist sich jedoch sicher, dass an dem Betreuungsangebot einschließlich dem erweiterten Angebot der Freitags- und Ferienbetreuung großes Interesse seitens der Elternschaft besteht, so dass die Voraussetzungen für eine entsprechende Antragstellung gegeben sind.

Dem Antrag auf Errichtung einer Ganztagschule sind neben dem Beschluss des Verbandsgemeinderates noch Beschlüsse des Schulelternbeirates, der Gesamtkonferenz, des Schulausschusses, des örtlichen Personalrates sowie der Schülervertretung vorzulegen. Des Weiteren ist von Seiten der Schule ein pädagogisches Konzept zu erstellen und dem Antrag beizufügen.

Seit Einführung der Ganztagschule wurden in Rheinland-Pfalz über 540 Ganztagschulen genehmigt. Aufgrund dessen bestehen nach Auffassung von Verwaltung und Schulleitung gute Aussichten auf eine zweite Ganztagschule in der Verbandsgemeinde Lingenfeld.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Seither (SPD) erklärt Bürgermeister Thomas, dass ein pädagogisches Konzept vorliegt.

Nach kurzer Aussprache sprechen sich alle Fraktionen für den Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Lustadt aus.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig folgenden

**VGR-Nr. 381**

**Beschluss:**

„Der Verbandsgemeinderat Lingenfeld beschließt, erneut einen Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Lustadt ab dem Schuljahr 2011/2012 einzureichen.“

#### **Nr. 5: Resolution des Verbandsgemeinderates Lingenfeld zur kommunalen Finanzsituation („Rettungsschirm für die Kommunen“)**

Die Diskussion um die kommunale Finanzsituation ist mittlerweile auch in den rheinland-pfälzischen Kommunen angekommen. Insbesondere im Zusammenhang mit den beschlossenen Haushaltssatzungen des Jahres 2010 wurde die prekäre Finanzsituation der Verbandsgemeinde Lingenfeld sowie der verbandsangehörigen Ortsgemeinden nochmals verdeutlicht. Der Vorstand des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, die Bezirksvorstände und die Konferenz der Kreisgruppenvorsitzenden haben mit großer Einmündigkeit beschlossen, den Gemeinden in Rheinland-Pfalz eine Resolution mit dem Titel „Rettungsschirm für die Kommunen“ zum Beschluss in den Räten vorzulegen.

Diese Resolution richtet sich klar und deutlich an Land und Bund als Hauptverursacher der derzeitigen schwierigen kommunalen Finanzlage. Ziel der Resolution soll es sein, dass das Land in seiner verfassungsrechtlichen Funktion als Vertreter der Kommunen auch gegenüber dem Bund deutlich macht, dass dieser beim Erlass von Gesetzen verpflichtet ist, die kommunale Finanzsituation ausdrücklich zu beachten, und keine weiteren Gesetzesvorhaben beschließt, die letztendlich zu Lasten und auf Kosten der Kommunen gehen. Die Kommunen müssen verdeutlichen, dass insbesondere im Bereich der Sozialleistungen und der Familienpolitik das bisherige „Kostentreiben“ ein Ende haben muss. Auf der anderen Seite ist ebenso klar, dass der kommunale Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren in so vielen Bereichen mit „Landesausgaben“ belastet worden ist, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen darunter leidet.

Aufgrund dieser Ausgangslage hat der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz angeregt, dass sich die kommunalen Räte der Resolution anschließen und diese in ihren kommunalen Gremien beschließen.

Der Entwurf der Resolution ist als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Thomas teilt mit, dass bereits einige Ortsgemeinden diese Resolution beschlossen haben und empfiehlt, sich den Ortsgemeinden anzuschließen. Ergänzend weist er darauf hin, dass der Kassenkreditrahmen der Verbandsgemeinde auf 7 Mio. Euro erhöht werden musste.

Nach kurzer Aussprache fasst der Verbandsgemeinderat einstimmig folgenden

**VGR-Nr. 382**

**Beschluss:**

„Der Verbandsgemeinderat Lingenfeld schließt sich der Resolution „Rettungsschirm für die Kommunen“ des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, der Bezirksvorstände und der Konferenz der Kreisgruppenvorsitzenden an.“

**Nr. 6: Zuführungen zum kommunalen Versorgungsrücklagefonds (KVR-Fonds);  
hier: Freiwillige Zuführungen aufgrund der Einführung eines neuen Finanzierungssystems**

Nach § 63 der Gemeindeordnung sind alle Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern verpflichtet, zur Sicherung der Versorgungsansprüche ihrer Bediensteten, Mitglied in einer Versorgungskasse zu sein.

Zu den satzungsmäßigen Leistungen gehören dabei Festsetzung und Auszahlung des Ruhegehaltes beziehungsweise der Hinterbliebenenbezüge in Verbindung mit der Zahlung von Sterbegeld sowie die Übernahme von Nachversicherungsbeiträgen zu den gesetzlichen oder berufsständigen Rentenversicherungen, außerdem die Erstattung von Unfallfürsorgeleistungen.

Zur Rückdeckung des künftigen Versorgungsaufwandes für die Beamtenversorgung wurde der Versorgungsrücklagenfonds gebildet. Der Verbandsgemeinderat hat mit Beschluss vom 24.11.1999 der Vereinbarung über die Beteiligung an der zu bildenden Versorgungsrücklage zwischen der pfälzischen Pensionsanstalt Bad Dürkheim und der Verbandsgemeinde Lingenfeld zugestimmt. In den kommunalen Versorgungsrücklagenfonds (KVR-Fonds) wird nun jährlich die **gesetzlich** vorgeschriebene Versorgungsrücklage gem. § 14 a BBesG eingebracht.

Aufgrund der Einführung eines neuen Versorgungsumlagesystems mit einer Übergangsfrist bis zum Jahr 2014 wurden nunmehr die Umlagesätze für die Wirtschaftsjahre 2009 bis 2013 gesenkt. Für die Verbandsgemeinde Lingenfeld ergab sich im Jahr 2009 ein Differenzbetrag zwischen altem und neuem Versorgungsrecht von insgesamt 84.927,84 EUR, welcher auf Empfehlung der Versorgungskasse als **freiwillige** Zuführung in den KVR-Fonds eingebracht werden kann. Der Verbandsgemeinderat hat nun darüber zu beschließen, ob neben der gesetzlich vorgeschriebenen Zuführung ab dem Wirtschaftsjahr 2009 freiwillige Zuführungen geleistet werden sollen. Aufgrund der sehr eingeschränkten finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, diese Beträge jährlich einzusparen, auch wenn dann spätere Pensionszahlungen teilweise aus laufenden Haushaltsmitteln aufzubringen wären.

Zu Anmerkungen von Ratsmitglied Goldschmidt (SPD) nimmt Büroleiter Hinderberger Stellung und macht insbesondere Ausführungen zur Versorgungskasse und dem Pensionsfond.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig folgenden

**VGR-Nr. 383**

**Beschluss:**

„Aufgrund der derzeitigen finanziellen Leistungsfähigkeit der Verbandsgemeinde Lingenfeld sowie der verbandsangehörigen Ortsgemeinden und der damit einhergehenden defizitären Haushaltslage, die auch mittelfristig keine Besserung erfahren dürfte, sollte auf freiwillige Zuführungen in den KVR-Fonds zunächst verzichtet werden. Sollte sich die Haushaltslage in den folgenden Jahren entspannen, wird der Verbandsgemeinderat die Angelegenheit nochmals beraten. Sofern keine freiwilligen Zahlungen in den KVR-Fonds geleistet werden, sind spätere Pensionszahlungen zumindest teilweise aus laufenden Haushaltsmitteln zu bestreiten.“

**Nr. 7: Ergänzungswahl zum Bau- und Umweltausschuss**

Das bisherige Ratsmitglied, Herr Bernd Knaack, hat sein Ratsmandat mit Wirkung zum 01.04.2010 niedergelegt.

Herr Bernd Knaack war in seiner Eigenschaft als Ratsmitglied auch Mitglied des Bau- und Umweltausschusses der Verbandsgemeinde Lingenfeld.

Mit der Niederlegung seines Ratsmandats verliert Herr Bernd Knaack auch seine Mitgliedschaft im Bau- und Umweltausschuss. Infolgedessen ist eine Ergänzungswahl zum Bau- und Umweltausschuss erforderlich. Vertreter von Herrn Bernd Knaack im Bau- und Umweltausschuss der VG Lingenfeld ist Herr Peter Goldschmidt. Die vakante Position als Mitglied des Bau- und Umweltausschusses der VG Lingenfeld ist daher wieder durch ein Ratsmitglied zu besetzen.

Das Vorschlagsrecht obliegt der SPD-Ratsfraktion.

Für die SPD-Fraktion schlägt Ratsmitglied Seither folgende Personen für den Bau- und Umweltausschuss vor:

Als Ratsmitglied: Julia Bognar, Stellvertreter: Peter Goldschmidt

Als Nichtratsmitglied: Karl Faber, Stellvertreter: Frank Grabau

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig folgenden einstimmigen

**VGR-Nr. 384**

**Beschluss:**

„Der Verbandsgemeinderat stimmt dem von der SPD-Ratsfraktion eingebrachten Wahlvorschlag für die Neubesetzung der vakanten Stellen im Bau- und Umweltausschuss zu.“

Bürgermeister Thomas hat gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 GemO an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**Nr. 8: Sanierung des „Wasserfalls“ im Rahmen der Gewässerunterhaltung im Gemarkungsbereich der Ortsgemeinde Lingenfeld;  
hier: Auftragsvergabe Wasserbauarbeiten**

Bei der Maßnahme handelt es sich um die Sanierung des „Wasserfalls“ in der Ortsgemeinde Lingenfeld, Gewerk Wasserbauarbeiten.

Die Arbeiten wurden beschränkt nach VOB/A ausgeschrieben. Die Submission fand am Mittwoch, den 31.03.2010 Uhr um 10.00 Uhr im Rathaus der Verbandsgemeinde statt. Insgesamt wurde von 9 Firmen ein Leistungsverzeichnis angefordert, 7 Angebote lagen zur Angebotseröffnung vor. 2 Angebote (Gräber u. Webel) wurden aufgrund von Fehlern bzw. Änderungen des LV ausgeschlossen. Das geprüfte Submissionsergebnis lautet wie folgt:

1. Fa. Heberger AG, Schifferstadt	105.013,81 €
2. Fa. Heinrich Scherer, Germersheim	112.474,99 €
3. Fa. Thomas Hänlein, Germersheim	136.022,95 €
4. Fa. BWS Rhein-Neckar, Heidelberg	156.164,37 €
5. Fa. Philipp und Wahl, Ludwigshafen	166.547,19 €

Die Kostenschätzung des Ingenieurbüro Wamsganz aus Schifferstadt beträgt ca. 108.000,00 €. Die Angebote liegen daher weitestgehend im Rahmen.

Mittel in ausreichender Höhe sind unter der Buchungsstelle 5521.096100.60004.785230 vorhanden.

Das Ingenieurbüro Wamsganz schlägt vor, den Auftrag an den preisgünstigsten Anbieter, die Fa. Heberger AG aus Schifferstadt, zum Angebotspreis von 105.013,81 € zu vergeben.

Ratsmitglied Seither (SPD-Fraktion) kritisiert, dass der Rat über eine Baumaßnahme beschließen soll, ohne ausreichende Informationen zu besitzen. Er ist der Auffassung, dass nicht bekannt ist, welche Arbeiten im Rahmen der Sanierung durchgeführt werden sollen.

Bürgermeister Thomas und Erster Beigeordneter Beyer nehmen zu den Ausführungen Stellung und erläutern, dass die Arbeiten in den Ausschüssen und in der letzten Sitzung des Verbandsgemeinderates beraten und vorgestellt wurden. Außerdem seien die entsprechenden Pläne bei der letzten für jedes Ratsmitglied einsehbar im Sitzungssaal aufgehängt gewesen. Fragen seien dort keine gestellt worden.

Oberamtsrat Bähr macht noch einmal Ausführungen zu den vorgesehenen Arbeiten. In dem Teilbereich, wo das vorhandene Bauwerk zusammengebrochen ist, soll mit Betonstützen und Sandsteinen der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt werden. Fotoaufnahmen von dem jetzigen Zustand des Wasserfalles werden den Ratsmitgliedern zur Einsicht vorgelegt.

Der Verbandsgemeinderat fasst mit 19 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 10 Stimmenthaltungen folgenden

**VGR-Nr. 385**

**Beschluss:**

„Der Verbandsgemeinderat Lingenfeld vergibt den Auftrag an den preisgünstigsten Anbieter, die Fa. Heberger AG, Schifferstadt, zum Angebotspreis von 105.013,81 Euro.“

**Nr. 9: Kanalerneuerung in der Gartenstraße in der Ortsgemeinde Schwegenheim  
hier: Auftragsvergabe**

In der Gartenstraße in Schwegenheim wird durch den Zweckverband für Wasserversorgung „Germersheimer Nordgruppe“ die vorhandene Wasserleitung erneuert.

Durch eine TV-Befahrung wurde festgestellt, dass auch die Kanalisationsleitungen (Straßenleitungen - 110 lfdm- und Hausanschlüsse) sanierungsbedürftig sind.

Für die Ortsgemeinde Schwegenheim sind 6 Sinkkastenanschlüsse zu reparieren und 2 neue Straßenabläufe zu setzen.

Die Bauleistungen wurden gemeinsam öffentlich ausgeschrieben. Eine getrennte Vergabe ist nicht vorgesehen.

Von 22 angeforderten Angebotsunterlagen sind 9 Angebote abgegeben worden.

Am 18.03.2010 fand die Submission statt:

	Gesamt	geprüft		Anteil Straßenent- wässerung €
		Anteil Kanalisation €	Anteil Wasserver- versorgung €	
1. Fa. Schneider, Merxheim,	157.580,42	106.986,64	42.126,19	8.476,39
2. Fa. Schmal, Ettlingen	163.260,38	105.991,24	42.302,06	14.970,28
3. Fa. Müller, Bellheim	163.576,28			
4. Fa. Müller, Enkenb./Alsenborn	175.802,75			
5. Fa. Heberger, Schifferstadt	186.708,24			
6. Fa. Scherer, Germersheim	190.917,30			
7. Fa. Sonntag, Bingen-Kempton	194.750,29			
8. Fa. PEKA, Ottersweier/Baden	255.573,44			
9. Fa. Geskoti, Bellheim	147.323,19			
wurde aus formellen und wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen				

Das mit der Bauabwicklung beauftragte Ingenieurbüro Pappon und Riedel, Neustadt, schlägt vor, den Auftrag an die Fa. Schneider, Merxheim, zu vergeben.

Diese Firma ist dem Ingenieurbüro bekannt und nach Auffassung der Bauleitung ohne Einschränkungen in der Lage, die ausgeschriebenen Leistungen zeitgerecht zu erbringen.

Im Zuge der Ausführungsplanung wurde festgestellt, dass das Setzen von 2 neuen Straßenabläufen entfallen kann. Damit vermindert sich die Auftragssumme für die Ortsgemeinde um rd. 2.500,-- € auf 5.976,39 €.

Die Bauzeit ist vorgesehen vom 03.05.2010 bis 31.07.2010 = 13 Wochen.

#### Ausgabenstatus:

Kostenberechnung	195.859,72 €	
(Baunebenkosten 25 %)	<u>39.171,94 €</u>	235.031,66 €
Submissionsergebnis	157.580,42 €	
- Anteil WZV	42.126,19 €	
- Anteil OG Schw.	<u>8.476,39 €</u>	
= Anteil VG-Werke	106.986,64 €	
Bisher beauftragt:	31.765,08 €	
Bisher verausgabt:	14.293,63 €	
Mittelbereitstellung:	200.000,-- €	

Mit Haushaltsschreiben der Kreisverwaltung vom 10.02.2010 wurden der Gesamtbetrag der in der Haushaltssatzung festgesetzten Kreditaufnahmen sowie der Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsmaßnahmen des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung genehmigt.

Der Verbandsgemeinderat fasst einstimmig folgenden

#### **VGR-Nr. 386**

#### **Beschluss:**

„Der Verbandsgemeinderat vergibt den Auftrag für den Kotenanteil zur Erneuerung der Kanalisation in der Gartenstraße in Schwegenheim an die Fa. Schneider, Merxheim, zum Angebotspreis von 106.986,64 Euro.“

### **Nr. 10: Informationen und Anfragen**

#### **a) Sitzungstermine**

Nachdem die letzte Sitzung des HFA wegen fehlender Tagesordnungspunkte ausgefallen ist, soll am 02.06.2010 eine Haupt- und Finanzausschusssitzung stattfinden. Die nächste Sitzung des Verbandsgemeinderates findet am 16.06.2010 statt.

#### **b) Naherholungsgebiet**

Bürgermeister Thomas gibt bekannt, dass in den nächsten Tagen Baumfällungen bzw. Ausastungen an den Bäumen im Naherholungsgebiet durchgeführt werden. Wegen der Verkehrssicherungspflicht sind die Sturmschäden zu beseitigen.

#### **c) Parkraumbewirtschaftung**

Bürgermeister Thomas weist nochmals darauf hin, dass auf den beiden Parkplätzen beim Rathaus der Verbandsgemeinde Parkscheinautomaten aufgestellt werden. Das Parken an den Feiertagen und an den Wochenenden ist gebührenfrei. Von montags bis freitags soll in der Zeit von 8.00 bis 18.00 Uhr eine Gebühr erhoben werden. Die erste halbe Stunde, so genannte „Brötchen-Taste“ ist gebührenfrei. Jede weitere halbe Stunde kostet 50 Cent. Es soll auch eine Tageskarte für 5 Euro angeboten werden.

Neben der Aufstellung der Parkscheinautomaten sollen auch die Parkmarkierungen erneuert bzw. verbessert werden.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Odenwald (SPD) erklärt Bürgermeister Thomas, dass die neue Parkregelung mit Ortsbürgermeister Leuthner abgeklärt ist. Außerdem ist die Verbandsgemeinde als Straßenverkehrsbehörde für die Parkraumbewirtschaftung zuständig.



**d) Schulleitung Realschule Plus in Lingenfeld**

Bürgermeister Thomas teilt mit, dass Herr Angerhofer zunächst kommissarisch zum Schulleiter der Realschule Plus in Lingenfeld bestellt wird. Bürgermeister Thomas hofft auf eine baldige endgültige Lösung.

**e) Schiedsmann**

Bürgermeister Thomas gibt bekannt, dass die Amtszeit der jetzigen Schiedspersonen am 31.10.2010 ausläuft. Beide Personen stehen für eine neue Amtszeit nicht mehr zur Verfügung. In den Sitzungen im Juni soll über die Nachfolger beraten werden.

**f) Polderbau Römerberg**

Ratsmitglied Gutting (CDU) nimmt Bezug auf einen Presseartikel und trägt vor, dass sich die Verkehrs-Bürgerinitiative in Römerberg dafür einsetzt, dass der LKW-Verkehr für den Polderbau nicht durch den Ort führt. Es ist somit mit einem verstärkten Verkehrsaufkommen in Lingenfeld zu rechnen.

Bürgermeister Thomas nimmt dazu Stellung und erklärt, dass ihm offiziell nichts von dieser Angelegenheit bekannt ist. Es sollen jedoch Gespräche laufen, dass der Verkehr über die K 5 zwischen Schwegenheim und Römerberg geleitet werden soll. Zuständige Behörde für diese Angelegenheit ist der Landesbetrieb Mobilität in Speyer.

**g) Radwegunterhaltung**

Ratsmitglied Gamber (FWG.) trägt vor, dass an dem Radweg zwischen Westheim und Bellheim Schäden durch Wurzelbewuchs entstanden sind, die zu einer Verkehrsgefährdung führen. Er bittet um Überprüfung der Angelegenheit.

Worüber Niederschrift:  
g.u.u.

Der Vorsitzende:

Thomas  
Bürgermeister

Der Schriftführer:

Krebs  
Amtsrat